

Tätigkeitsbericht 2020 – 2024



Beirat der Menschen mit Behinderung
Stadt Frankenthal (Pfalz)

Inhalt

Einleitung

1. Thematische Arbeit	Seite 04
2. Beteiligung an Arbeitsgruppen	Seite 05
3. Laufende Aktivitäten	Seite 06
4. Geschäftsführung des Beirates	Seite 07
5. Pressespiegel	Seite 08
Impressum	Seite 16

Einleitung

In den Jahren 2020-2022 war die Tätigkeit des Beirats für Menschen mit Behinderung pandemiebedingt sehr eingeschränkt. Die meisten geplanten Aktivitäten – wie die Aktionstage am 05. Mai und Projekttag in Frankenthaler Grundschulen – mussten entfallen. Selbst die regulären Sitzungen des Beirats fanden teilweise nicht statt.

Gleichwohl brachten sich die Mitglieder des Beirats in verschiedenen Arbeitsgruppen – so sie denn Sitzungen durchführten – ein. Allerdings konnten weder in der AG Parkraumbewirtschaftung noch in der AG Radverkehr nennenswerte Fortschritte für den betroffenen Personenkreis erzielt werden. Die mittlerweile auf Initiative des Beirats eingerichteten Motorradparkplätze führten nicht dazu, dass sich die Lage der Betroffenen im Wesentlichen verbessert hätte, weil nach wie vor eine konsequente Ahndung von rechtswidrig auf dem Gehweg abgestellten motorisierten Zweirädern durch den Verkehrsüberwachungsdienst nicht erfolgt.

Der Beirat unterstützte ein Anliegen des Gehörlosenfußballvereins in Frankenthal. Dieser beehrte eine Änderung der Sportförderrichtlinie der Stadt, um eine Bezuschussung der Fahrtkosten der Mitglieder auch zu Punktspielen erreichen zu können.

Der erste Entwurf für die neu zu gestaltende Sondernutzungssatzung wurde seitens des Beirats mit entsprechenden Anregungen versehen.

Anlässlich einer Begehung der Stadtklinik wurden insbesondere Verbesserungsvorschläge für den Außenbereich eingebracht. Diese wurden bislang nur teilweise umgesetzt.

Die Mitglieder des Beirats machten verschiedene Vorschläge, um insbesondere rollstuhlfahrenden Menschen die Teilnahme am Strohhutfest zu erleichtern (weitere behindertengerechte Toiletten, Kabelbrücken, extreme Parkverstöße). Diese wurden z.T. auch bei anderen Veranstaltungen (z.B. Bauernmarkt) realisiert.

Es fand ein Austausch mit dem damaligen Leiter der Polizeiinspektion Frankenthal statt. Im gegenseitigen Einvernehmen wurde festgestellt, dass seitens der Polizei im Umgang mit Menschen mit Behinderung noch Verbesserungsbedarf besteht. Dies gilt insbesondere für den Bereich der gehörlosen Menschen. Seitens der Polizei RLP wird angestrebt, bereits in der Ausbildung der nachwachsenden Mitarbeitenden für eine erhöhte Sensibilität in diesem Bereich, aber auch insgesamt im Umgang mit beeinträchtigten Menschen Sorge zu tragen. Der Austausch zwischen dem Beirat und der hiesigen Polizeiinspektion soll fortgesetzt werden.

Der sozialpsychiatrische Dienst stellte sich vor, benannte seine Aufgaben und signalisierte seine große Offenheit für alle Betroffenen von psychischen Erkrankungen und deren Angehörigen. Dem Beirat wurde hierdurch deutlich, wie wichtig es ist, sein Augenmerk auch gerade auf diesen Personenkreis zu richten.

Nach Beendigung der pandemiebedingten Einschränkungen konnte der Beirat für Menschen mit Behinderung seine Arbeit im Jahr 2023 wieder voll umfänglich aufnehmen. Allerdings war es durchaus schwierig, in den „Normalbetrieb“ zurückzukehren,

weil die in den Jahren vor der Pandemie geknüpften Kontakte und erste Netzwerke abgerissen bzw. eingebrochen sind. Auch waren viele Mitglieder in ihrem Engagement eingeschränkt oder zurückhaltend, weil sie auch in ihrem beruflichen und sonstigen ehrenamtlichen Umfeld besonders gefordert waren. Daher lag der Schwerpunkt der Arbeit des Beirats auf der Befassung mit inhaltlich besonders wichtigen Themen während der jeweiligen Sitzungen. Hieraus sollen neue Kontakte angebahnt und die Mitglieder des Beirats in ihrer Funktion als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nach außen aktiv tätig werden.

1. Thematische Arbeit

- 1.1** Am 01.01.23 trat ein geändertes Betreuungsrecht in Kraft, das im Wesentlichen durch den Beirat vertretenen Personenkreis betrifft. Nahezu alle unter Betreuung stehenden Menschen haben gleichfalls einen festgestellten Grad der Behinderung. Somit ist es besonders wichtig, dass zunächst die Beiratsmitglieder über die aktuelle Rechtslage informiert wurden. Zudem gilt es, die am und mit dem Verfahren beteiligten bzw. betrauten Personen und Institutionen zu kennen, um bei entsprechenden Anfragen an die richtige Stelle verweisen zu können. Die kommunale Betreuungsbehörde und der in Frankenthal tätige Betreuungsverein der AWO sind hier als wichtigste Ansprechpartner zu nennen.
- 1.2** Der Bereich „Planen und Bauen“ unterrichtete den Beirat über die beabsichtigte Installation einer dynamischen Fahrgastinformation, die nach Neugestaltung des ZOB vorgesehen ist. Diese Maßnahme, die so ausgestaltet werden soll, dass sie für alle Menschen benutzbar ist, wird ausdrücklich begrüßt.
- 1.3** Durch einen Vortrag wurden den Mitgliedern des Beirats die Fachdienste für Arbeit und Integration, die derzeit von der Evangelischen Heimstiftung getragen werden, vorgestellt. Der Fachvermittlungs- sowie der berufsbegleitende Dienst beraten sowohl Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als auch -nehmende bei der Integration in den Arbeitsmarkt und dem Erhalt von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung. Vor dem Hintergrund eines bestehenden Arbeits- und Fachkräftemangels und gleichzeitig allenfalls stagnierenden Zahlen in der Arbeitslosigkeitsstatistik von Menschen mit Behinderung appelliert der Beirat an alle, besonders jedoch die öffentlichen Arbeitgeber, von dieser Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeit Gebrauch zu machen, um die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung insbesondere im ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- 1.4** Frankenthal verfügt über ein Förder- und Beratungszentrum, um Kindern, die eine Beeinträchtigung haben und bei denen unter Umständen ein Förderbedarf besteht, tatkräftig Hilfe gewähren zu können. Allerdings hängt diese Hilfestellung regelmäßig davon ab, dass die Eltern bereit sind, einen entsprechenden Antrag zu stellen bzw. an den vorgeschlagenen Maßnahmen mitzuarbeiten, was sich nach den Ausführungen des Leiters der Einrichtung durchaus schwierig gestaltet. Daher wäre auch aus Sicht des Beirats eine

personelle Verstärkung dieser Einrichtung wünschenswert.

- 1.5 Menschen mit Behinderung haben die Möglichkeit, ein inklusives Sportabzeichen zu erwerben. Die Leistungsanforderungen werden an die jeweilige Beeinträchtigung angepasst. In den Bereichen Ausdauer, Schnelligkeit, Kraft und Koordination stehen unterschiedliche Disziplinen zur Verfügung, die – wie bei jeder anderen Prüfung – durchlaufen werden müssen. Der Beirat unterstützt ausdrücklich die Durchführung der Abnahme des inklusiven Sportabzeichens. Zum Einen sind sportliche Aktivitäten regelmäßig geeignet, auch Folgen von Krankheit/Behinderung abzumildern oder behinderungsbedingte weiterer Einschränkungen zu verhindern. Zum Anderen betont der Beirat ausdrücklich die inklusive Wirkung von Sport, insbesondere in der Gruppe und zusammen mit Menschen, die keine körperliche Beeinträchtigung haben.
- 1.6 Mittlerweile hat sich das Beiratsmitglied Thomas Leger zum Barriere-Scout ausbilden lassen. Er beabsichtigt, seine Expertise zu Fragen der Barrierefreiheit von Gebäuden, ggf. in Zusammenarbeit mit einer Person, die gehbeeinträchtigt ist, anzubieten. Insoweit ist eine weitere Vernetzung mit den entsprechenden Einrichtungen der Stadt beabsichtigt.
- 1.7 In der Stadtverwaltung wurde eine Stelle für die Durchführung von Sozialberatung geschaffen. Der Berater steht auch für Menschen mit Behinderung u.a. im Bereich der Eingliederungshilfe zur Verfügung. Es ist wichtig, diese Institution einem größeren Personenkreis bekannt zu machen, weil gerade Menschen mit Behinderung im „Dschungel“ der staatlichen Unterstützungen sich nicht zurechtfinden und daher Hilfe benötigen, die finanziellen Ressourcen zu heben.

2. Beteiligung an Arbeitsgruppen

- 2.1 Verschiedene Beiratsmitglieder beteiligten sich an Arbeitsgruppen, die seitens der Stadtverwaltung einberufen worden waren. Zunächst ergaben sich aus der AG Klimaschutz keine Belange, von denen Menschen mit Behinderung in besonderer Weise tangiert waren. Es bildeten sich jedoch alsbald Untergruppen dieser AG. Insbesondere die Gruppen „Mobilität“ und „ÖPNV“ bilden hier einen Schwerpunkt für den betroffenen Personenkreis. Die Beiratsmitglieder brachten die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung ein und betonten, dass die barrierefreie Ausgestaltung von Haltestellen im Bereich des ÖPNV und eine grundsätzliche Erweiterung desselben notwendig sind. Auch müssten bei der Koordinierung von verschiedenen Verkehrsarten, etwa motorisierte Fahrzeuge, Fahrräder mit und ohne E-Motor und Fußgänger besonders die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitäts- und Sehbeeinträchtigungen berücksichtigt werden.
- 2.2 Die Stadt entwickelte die Idee, auf dem Gelände der ehemaligen Landwirtschaftsschule ein Wohnprojekt, in dem ausdrücklich auch Menschen mit Behinderung barrierefreien Wohnraum finden sollten, zu gestalten. Dies wird vom Beirat ausdrücklich befürwortet und ein Beiratsmitglied brachte in die ersten Überlegungen die Bedürfnisse diesbezüglich entsprechend ein.

- 2.3** Auch die AG „Parkraumbewirtschaftung“ setzte ihre langjährige Tätigkeit fort. Dabei betonte der Beirat wieder und wieder, dass die illegale Beparkung von Gehwegen und der Fußgängerzone durch Kraftfahrzeuge dringend einzudämmen ist. Dabei vertritt der Beirat die Auffassung, dass die Frage, ob, wo und zu welchem Preis Parkplätze bewirtschaftet werden, für Menschen mit Behinderung unbeachtlich ist. Da mit einer raschen Beschlussfassung bzgl. der geänderten Parkraumbewirtschaftung nicht zu rechnen sein wird, fordert der Beirat, durch eine Erhöhung des Kontrolldrucks ein regelkonformeres Parkverhalten und somit eine Erleichterung der Benutzung des öffentlichen Verkehrsraums für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.
- 2.4** Zwar besteht zur Erarbeitung der Neufassung der kommunalen Sondernutzungssatzung keine konkrete AG. Allerdings brachte sich der Beirat auch bei der Überarbeitung der Regelungen ein. Insbesondere die mittlerweile wohl konsensuale verbleibende Durchgangsbreite von 1,50 m und die Vermeidung von Automaten, Markisen o.ä. im Luftraum sind hierbei als wesentliche Punkte zu nennen. Aber auch hier dringt der Beirat darauf, dass die genehmigten Sondernutzungen auflagengerecht eingehalten werden, was ebenfalls lediglich mit einem gesteigerten Kontrollaufwand gewährleistet werden kann.

3. Laufende Aktivitäten

Zunächst beabsichtigte der Beirat am Internationalen Aktionstag für Menschen mit Behinderung (05.05.2024) eine öffentliche Veranstaltung durchzuführen. Diese Idee musste jedoch aufgegeben werden. Angesichts des Umstandes, dass der 5. Mai auf einen Sonntag fällt, scheidet eine Freiluftveranstaltung z.B. auf dem Rathausplatz mangels genügenden Publikums aus. Eine Veranstaltung, die mit der Anmietung von Räumen verbunden ist, konnte nicht umgesetzt werden, weil das finanzielle Budget des Beirats hierfür bei Weitem nicht ausreicht.

Die Mitglieder des Beirats setzen auch im Jahr 2024 die Mitarbeit in den verschiedenen kommunalen Arbeitsgruppen fort und hoffen, diese intensivieren zu können. Derzeit laufen diverse Aktivitäten in den verschiedenen Selbsthilfegruppen, um in der Wohnbevölkerung für ein Engagement im nach der Kommunalwahl neu zu bestellenden Beirat zu werben.

Da eine bessere Begehbarkeit des öffentlichen Verkehrsraums auch vom (illegalen) Befahren durch Fahrzeuge abhängig ist, soll gegenüber der Landespolizei verdeutlicht werden, wie wichtig hier ein Einschreiten notwendig ist, auch um eine einheitliche Vorgehensweise mit der der Stadt bzgl. des ruhenden Verkehrs zu zeigen.

Zudem soll die Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung und dem Stadtrat weiter verbessert werden. Es gilt, die Mitglieder des Beirats mit ihrer Expertise einzubeziehen und diesbezüglich Zusagen ihnen gegenüber auch einzuhalten, was z.B. in

Vorbereitung des Strohutfests leider nicht geschehen ist. Auch sollten Vorgänge wie in der in der Samuel-Heinecke-Str, bei denen die Belange von Menschen mit Behinderung als Rechtfertigung für den erhöhten Kontrollaufwand benutzt wurden, vermieden werden.

Darüber hinaus wird der Beirat Anregungen und Vorschläge, die kurz-, mittel- und langfristig die Barrierefreiheit und Inklusion voranbringen werden, erstellen und in enger Abstimmung mit den Handelnden konstruktiv zusammenarbeiten.

4. Geschäftsführung des Beirates

Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung des Beirates gestaltete sich in der gesamten Wahlperiode vollkommen einwandfrei. Die regelmäßigen Sitzungen des Beirates wurden seitens der Geschäftsführung vorbereitet. Die eingebrachten Tagesordnungspunkte wurden gesammelt und sachgerecht für die verschiedenen Sitzungen strukturiert. Verfassen und Versenden sowohl der Einladungen als auch der Protokolle teilweise mit umfangreichen Anlagen erfolgten stets pünktlich und zuverlässig. Die Einladungen von externen Referentinnen und Referenten wurden koordiniert und ebenfalls zuverlässig vorgenommen.

Über die Geschäftsführung wurden die Beiratsmitglieder stets ausführlich und rechtzeitig über Themenbereiche und Veranstaltungen, die den betroffenen Personenkreis tangieren, informiert. Entsprechende Berichte über Veranstaltungen wurden eingebracht.

Die Geschäftsführung koordinierte vor allem in der Pandemiezeit verschiedene Anfragen an den Beirat und holte Stellungnahmen der Mitglieder hierzu ein. Die Weitergabe dieser Stellungnahmen an die Anfragenden erfolgte reibungslos. Der Beirat war aufgefordert, eine Stellungnahme zum Nahverkehrsplan abzugeben. Auf Grund des Umfangs der zu bewertenden Unterlagen konnte eine Einschätzung durch den Beirat in Gänze, aber auch allein durch mich als Vorsitzende nicht vorgenommen werden. Dankenswerterweise nahm Frau Löwer mir diese Arbeit ab.

5. Pressespiegel

Die Presseartikel sind aus der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ entnommen.

Komfortabler Knotenpunkt

Das Warten ist vorbei: Die Stadt bekommt für den seit Jahren geplanten und immer wieder aufgeschobenen Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs vom Land 1,7 Millionen Euro. Das hat der rheinland-pfälzische Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) am Donnerstag mitgeteilt.

VON JÖRG SCHMIHING

Der Zuwendungsbescheid über die Fördersumme – exakt sind es 1.710.200 Euro – werde über den Landesbetrieb Mobilität „in den nächsten Tagen“ bei der Stadtverwaltung eingehen, kündigte das Ministerium in einer Pressemitteilung an. Diese Nachricht aus Mainz beendet eine nun schon gut fünf Jahre andauernde Hängepartie: Erste Planungen zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes inklusive der Bushaltestelle waren dem Planungs- und Umweltausschuss im Mai 2014 vorgestellt worden.

Neun neue Haltestellen

Konkret vorgesehen ist am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) der Bau einer überdachten Insel, an die Haltestellen „in Sägezahnordnung“ angebunden seien, so das Ministerium. Weitere Haltepunkte entstehen in der Nähe von Gleis 1 des Hauptbahnhofs. Insgesamt seien neun neue Haltestellen geplant. Der Boden werde immer zur Fahrbahnseite auf 18 Zentimeter erhöht. Damit ist ein „niveaugleicher Ein- und Ausstieg“ bei Bussen mit Niederflertechnik möglich.

Der ZOB bekommt ein Leitsystem für Sehbehinderte und wird laut den Angaben aus Mainz mit Sitzbänken, Abfallcontainern, Fahrplänen, Beschallungssystem, Beleuchtung und An-



Eine überdachte Insel soll die bisherige Anordnung der Haltestellen auf dem Bahnhofsvorplatz ersetzen. ARCHIVFOTO: BOLTE

zeigen mit aktuellen Fahrgastinformation ausgestattet. Erneuert würden auch die Straßenbeläge an dem neuen Knotenpunkt des Busverkehrs in Frankenthal. Außerdem sollen dort 30 überdachte „Bike+Ride“-Stellplätze und 23 Fahrradboxen angeboten werden.

Täglich rund 13.000 Reisende

Die 1,7 Millionen Euro sind aus Perspektive des Ministers „gut angelegtes Geld“. Wissing: „Ein modernes Bahnhofsumfeld macht auch die Nutzung des ÖPNV attraktiver. Der ZOB in Frankenthal wird durch den Umbau verkehrssicherer und für die Fahrgäste weitaus komfortabler.“ Die Gesamtkosten beziffert das Land in seiner Pressemitteilung auf 2,97 Millionen Euro. Abzüglich des Landeszuschusses muss die Stadt also knapp 1,3 Millionen beisteuern.

Dass Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte der Investition beisteuert, begründet Mainz auch mit der Bedeutung von ZOB und Hauptbahnhof: Montag bis Freitag stiegen in Frankenthal täglich mehr als 4000 Menschen in dort abfahrende Züge. Mit den Bushaltestellen bilde der Bahnhof „einen der bedeutendsten Knotenpunkte“ im öffentlichen Nahverkehr im Süden des Landes. Laut Verkehrsverbund Rhein-Neckar sind dort an Werktagen 13.000 Reisende unterwegs. Den ZOB fahren täglich 228 Busse an.

„Wir freuen uns und sind dankbar für die langversicherte Förderzusage durch das Land“, reagiert Oberbürgermeister Martin Hebich (CDU) auf die Nachricht aus der Landeshauptstadt. Die Stadt könne nun flott die nächsten Schritte für die „städtische Aufwertung der Innenstadt“ umsetzen. „Als Entree kommt dem Bahnhofsumfeld dabei besondere Bedeutung zu. Mit der Neugestaltung des ZOB haben wir die Chance, Frankenthals Attraktivität deutlich zu steigern“, lässt sich der OB in einer Mitteilung zitieren.

City soll attraktiver werden

Die Stadt betont in ihrer Stellungnahme den Zusammenhang mit anderen Projekten: Über das Förderprogramm „Aktive Stadtzentren“ soll nach den Vorstellungen der Verwaltung in den kommenden Jahren die Innenstadt attraktiver werden. Zentrales Vorhaben dabei: die Sanierung des Erkenbert-Museums inklusive der Aufwertung der umliegenden Straße, des Parkplatzes am Dathenushaus und eines Teilbereichs der Kanalstraße. Der Bahnhofsvorplatz inklusive ZOB spiele eine besondere Rolle, weil er Teil des städtebaulichen Gelenks sei, das über die Bahnschienen hinweg die Verbindung zwischen dem künftigen Albert-Frankenthal-Quartier auf dem ehemaligen KBA-Betriebsgelände und der City schaffen soll.

Datum: 02.11.2019

Immer noch Barrieren für Gehörlose

Beirat für Menschen mit Behinderung greift Thema auf – Stadt informiert über Ausbau des ÖPNV-Angebots

VON BIRGIT KARG

Von einer barrierefreien Teilhabe am gesellschaftlichen Leben seien Hörbeeinträchtigte noch weit entfernt. Das hat Beiratsmitglied Dorothee Reddig in der Novembersitzung des Frankenthaler Beirats für Menschen mit Behinderung (BMB) zu bedenken gegeben.

Für Gehörlose sei Gebärdensprache die Muttersprache, unterstrich Reddig in ihrem Referat zum Thema. Doch anders als etwa in Hamburg, wo es eine bilinguale Pädagogik mit Gebärdensprache und Lautsprache gebe, sei man in Rheinland-Pfalz und auch am Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation (PIH) in Frankenthal sehr lautsprachlich orientiert. Etwa 90 Prozent der Lehrer an Gehörlosenschulen beherrschten keine Gebärdensprache. Die bundesweit rund 80.000 Gehörlosen, die Gebärdensprache nutzen, stünden in vielen Bereichen des Alltags vor Verständigungsproblemen, etwa im Kranken-



Schon im Kindesalter kann Gebärdensprache geübt werden. Für eine stärkere Förderung plädierte Dorothee Reddig im Beirat. FOTO: DPA

haus, bei Anwalt, Autokauf oder bei Weiterbildungsangeboten. Für die Kostenübernahme von Gebärdendolmetschern gebe es keine gesetzlichen Grundlagen.

Eine Budgetierung sei wünschenswert, meinte Reddig. Viele finanzielle Regelungen für Behinderte seien Ländersache. Vor diesem Hintergrund bezeichnete die Beiratsvorsitzende

Kerstin Sauer das geplante Bundes-teilhabegesetz als politisch gescheitert. Auf eine Anregung des Beirats gehe der Einsatz von Gebärdendolmetschern bei offiziellen Anlässen in Frankenthal wie Bürgerempfang und Strohhutfest zurück.

Martin Zarske und Olaf Merkamp vom Bereich Bauen und Planen stellten das Konzept der Stadt zum barrierefreien Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vor. In der Einrichtung barrierefreier Bushaltestellen habe Frankenthal großen Nachholbedarf. Von 120 Bushaltestellen seien derzeit nur zwei barrierefrei, 68 Haltestellen müssten neu eingerichtet, 40 barrierefrei gemacht werden, das geschehe in vier Dringlichkeitsstufen, abhängig von Lage, Zustand und Frequentierung der jeweiligen Haltestelle.

Für den Ausbau sind insgesamt drei Millionen Euro vorgesehen, pro Haltestelle zwischen 10.000 (nicht barrierefrei) und 50.000 Euro (barrierefrei). Der Zeitplan sei eng, ein erster Teil des Vorhabens soll bis 13. Juni

2020, der zweite voraussichtlich bis Ende 2021 umgesetzt werden.

Ein Anliegen des Beirats sei die bessere Sensibilisierung von Kindern für die Belange Behinderter durch Schulprojekte, sagte Sauer. Erfolgreich gewesen seien die Projektwoche 2018 zum Thema Blindheit/Sehbehinderung an der Pestalozzi-Grundschule und der Projekttag 2019 an der Neumayer-Grundschule. Im neu zusammengesetzten Beirat werde eine Arbeitsgruppe gebildet, der nächste Projekttag soll im Schuljahr 2020/21 angeboten werden.

Beteiligen will sich der Beirat beim Europäischen Protesttag für Menschen mit Behinderung am 5. Mai 2020. Ein großer Erfolg sei die Aufstockung des Fahrdienstes für Schwerstbehinderte von vier auf acht Fahrten pro Monat. Eine erweiterte Streckenführung bis 25 Kilometer über das Stadtgebiet hinaus ermögliche dieser Personengruppe bessere Teilhabemöglichkeiten. Die nächsten Beirats-sitzungen finden am 9. Januar, 2. April, 2. Juli und 5. November statt.

Datum: 27.11.2019

Mobilität bleibt das große Thema

Beirats für Menschen mit Behinderung spricht über Zweirad-Parkplätze und Elektroroller

VON BIRGIT KARG

Die Schaffung von zwei weiteren Motorrad- und Rollerparkplätzen in Frankenthal und die Rahmenbedingungen fürs Nutzen von Rollern mit Elektroantrieb standen im Mittelpunkt der ersten Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung im neuen Jahr.

Als neue Mitglieder im Beirat begrüßte Vorsitzende Kerstin Sauer die städtische Psychiatriekoordinatorin Melanie Krebs und Sigrun Damm als Vertreterin des Pfalzinstituts. Bernd Leidig (SPD), seit März 2019 als städtischer Beigeordneter für die Bereiche Finanzen, Schulen und Familie-Jugend-Soziales zuständig, stellte sich dem Gremium

bei einem Antrittsbesuch vor und fand lobende Worte: Der Beirat bringe einen eigenen Blick auf Themen in die politische Arbeit mit ein. Bürgermeister Bernd Knöppel (CDU) sprach über die Parkplatzsituation für Motorrad- und Rollerfahrer. Das Abstellen von Zweirädern auf Autostellplätzen sei erlaubt, dagegen führe das Parken auf Gehwegen zu Behinderungen. Um dem zu begegnen, sollen Überwachungszeiten ausgedehnt und nach einer Übergangszeit Verwarnungen ausgesprochen werden. Neben den Zweiradparkplätzen an der Ecke Speyerer Straße/Turnhallstraße und in der Kanalstraße würden zwei zusätzliche Standorte in der Westlichen Ringstraße und an der Ecke Schmiedgasse/Wormser Straße ge-

rade geprüft. Vier Flächen „in jeder Himmelsrichtung“ zu schaffen, sei laut Knöppel das Planungsziel.

Bisher kein Anbieter in Sicht

Elektrische Tretroller, sogenannte E-Scooter, scheinen in Frankenthal kein Thema zu sein: Während im Raum Ludwigshafen/Mannheim eine Berliner Verleihfirma 580 Stück in Umlauf halte, habe sich für Frankenthal noch kein Anbieter gefunden. Als Ergänzung zum Nahverkehr seien E-Scooter eine sinnvolle Alternative – besonders beim Zurücklegen der „letzten Meile“, sagte Knöppel. Wild abgestellte Roller seien allerdings vielerorts „eine Plage“ und sorgten für Probleme. Die mit der satellitengestützten Ortungstechnik ausgestatteten Fahrzeuge

würden nach einem aufwendigen System nachts eingesammelt und wieder aufgeladen.

Erlaubt seien E-Scooter nur auf Radwegen, Fahrradstreifen und in verkehrsberuhigten Bereichen, nicht aber in der Fußgängerzone, betonte der Bürgermeister. In Frankenthal seien zurzeit nur private Roller unterwegs. Verkehrsverstöße und Unfälle seien bisher nicht bekannt. Ob sich künftig eine Verleihfirma in Frankenthal engagiere, sei noch offen: „Die Kommunen haben darauf keinen Einfluss“, so Knöppel. Während Kerstin Sauer in Sachen E-Scooter befürwortete, die praktische und rechtliche Entwicklung abzuwarten, regte Ingrid Weißmann den Umgang mit E-Scootern als Thema für die schulische Verkehrs-

ziehung an. Beiratsmitglied David Schwarzendahl (Linke) sah das wilde Parken der Roller als Problem.

Gremium soll mitarbeiten

Der Beirat wurde eingeladen sich an der Planung für das vom Land aufgelegte Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadtzentren“ zu beteiligen. Dabei geht es um die Neugestaltung der Innenstadt – darunter auch des Rathausplatzes, der von vielen als nicht barrierefrei empfunden wird. Der Prozess beginne mit einem ersten Treffen am 23. Januar im Congress-Forum, drei weitere Treffen ab Februar sollen folgen, hieß es. Einbringen wollen sich die Beiratsmitglieder Frauke Fröhlich, Gabriele und Thomas Leuger und Stefan Pfleger.

Datum: 13.01.2020

„Warten keine Lösung“

Trotz Tempo-30-Limits die L 524 zwischen Freinsheimer Straße und Bahnübergang in Flomersheim nach Ansicht des Ortsbeirats gefährlich für Fußgänger. Pfosten auf dem Gehweg sollen nun für mehr Sicherheit sorgen.

VON STEFAN TRESCH

Einem Antrag von Gerhard Bruder (Die Grünen/Offene Liste), Pfosten an der Ecke Freinsheimer/Eppsteiner Straße zu installieren, stimmte der Ortsbeirat zu. „Es gibt für diesen Bereich keine optimale Lösung“, räumte Martin Zarske vom Bereich Planen und Bauen ein. Derzeit darf auf der Ostseite der Straße in Richtung Frankenthal geparkt werden. Früher hätten dort die Fahrzeuge oft zu weit auf dem Gehweg gestanden. Das habe sich gebessert, sagte Ortsvorsteherin Heike Haselmaier (CDU). Sie regte an, Autofahrern mit einer weißen Linie auf dem Gehweg zu signalisieren, welcher Platz für die Fußgänger freizuhalten ist. Davon war Zarske nicht begeistert. So werde das verbotene Gehwegparken legalisiert.

Bei einer Ortsbesichtigung soll trotzdem geprüft werden, ob dies ein gangbarer Weg sein könnte. Bei alternierenden Parkflächen, wie sie Ulrich Fleischmann (CDU) ins Spiel brachte, würden viele der jetzt genutzten Plätze wegfallen. Laut Birgit Best (FWG) sei dies in diesem engen Abschnitt zudem ein Problem für den landwirtschaftlichen Verkehr. Auch der Linienbus müsse durchkommen, gab Zarske zu bedenken. Ein komplettes Halteverbot in diesem Bereich bringe zwar Platz auf der Straße, allerdings würde dann sicher wieder schneller gefahren, meinte Martin Zarske.

Schon einmal war im Ortsbeirat das Anbringen von Pfosten im Kurvenbereich Freinsheimer-/Eppsteiner Straße in Fahrtrichtung Eppstein gefordert worden. Gegen diese Lösung hatte sich der Beirat für Menschen mit Behinderung ausgesprochen. Bruder wandte in der jüngsten Sitzung ein, dass er nicht Pfosten auf der kompletten Strecke fordere, sondern nur im

Kurvenbereich bis zum ersten Haus. Dort sei der Gehweg noch breit genug, dass ihn auch Menschen mit Rollatoren und Kinderwagen problemlos nutzen könnten.

Die Pfosten bremsen nach Ansicht von Gerhard Bruder den aus Frankenthal kommenden Verkehr ab, da die Verkehrsteilnehmer nicht sofort den Gehweg als Ausweichplatz für entgegenkommenden Verkehr nutzen könnten. „Zu warten, bis einer überfahren wird, ist auch keine Lösung. Verkehrsberuhigung muss Verkehrsbehinderung sein“, sagte der Grüne.

Mit ähnlichem Misstrauen wie die Ortsbeiratsmitglieder in Eppstein vor Wochenfrist nahmen auch die Ortsbeiräte in Flomersheim einen Verkehrsbelastungsvergleich der Hauptdurchgangsstraßen für die Zeit vor der Inbetriebnahme des Versandhändlers Amazon im Eppsteiner Industriegebiet Am Römig und für die Zeit danach zur Kenntnis. Viele hatten vor dem Start von Amazon eine deutliche Verkehrszunahme auf der Nord-Süd-Achse (Eppsteiner-/Dirkheimer Straße) befürchtet. Nach den Vergleichszahlen, denen eine Messung im Jahr 2014 und eine im Jahr 2019 zugrunde liegt, soll der Verkehr auf der Nord-Süd-Achse teilweise sogar gesunken sein. Am Knotenpunkt Freinsheimer Straße Richtung Süden in der Morgenspitzenstunde um fast 20 Prozent von 155 auf 125 Fahrzeuge. Ansonsten ist er fast konstant geblieben. Zugenommen hat demnach allerdings der Verkehr in der Freinsheimer Straße Richtung Lambsheim und in Gegenrichtung.



Ein Dauerthema im Ortsbeirat: die Verkehrssituation in der Freinsheimer Straße in Flomersheim. ARCHIVFOTO: BOLTE

Datum: 13.03.2020

Stadt will stärker kontrollieren

Zweirad-Parken auf Gehwegen beschäftigt Beirat der Menschen mit Behinderung

VON BIRGIT KARG

Die Stadtverwaltung wird in nächster Zeit Motorräder und Motorroller besonders in den Blick nehmen, die unzulässig auf Gehwegen abgestellt werden. Das hat Birgit Löwer, Geschäftsführerin des Beirats der Menschen mit Behinderung (BMB), in dessen jüngster Sitzung im Congress-Forum angekündigt.

Das Abstellen von Motorrädern und Rollern auf Autoparkplätzen sei erlaubt, sagte Löwer. Für behinderndes Parken auf Gehwegen gebe es ab 14. Juli in einer ersten sechswöchigen Übergangsphase „die rote Karte“. Danach sollen Verwarnungen ausgesprochen werden. In diesem Zusammenhang geplant sei auch die Ausdehnung der Überwachungszeiten für den ruhenden Verkehr.

Insgesamt sind im Stadtgebiet 22 Parkplätze für Motorräder/Roller ausgewiesen. Zu den Standorten Ecke Speyerer-/Turnhallstraße und Kanalstraße werden zwei hinzukommen: in der Westlichen Ringstraße (Nähe Café Ideal) und in der Wörmser Straße/Ecke Schmiedgasse. Damit werde das von Bürgermeister Bernd Knöppel (CDU) angepeilte Planungsziel, Rollerparkplätze in jeder Himmelsrichtung zu schaffen, verwirklicht.

Mehr Grün gewünscht

Bei mehreren Workshops der kommunalen Reihe „aktive Stadtzentren“ hat eine Arbeitsgruppe des Beirats im Hinblick auf eine „integrierte Innenstadtsanierung“ zahlreiche Vorschläge eingebracht. Gewünscht werden

mehr überdachte Sitzplätze und Spielplätze, mehr Grün in der City (eventuell Baumpatenschaften), ein neues zeitgemäßes Beleuchtungskonzept in der Fußgängerzone und bei der Außengastronomie eine Vereinheitlichung der Möblierung. Dem Ziel „autofreie Stadt“ wolle man mit der Einrichtung eines zentralen Parkplatzes auf dem Festplatz und einem Bushuttle näher kommen.

Zum Thema Busverkehr seien bar-

rierefreie Bushaltestellen und eine dichtere Taktung gewünscht. Die Erkenbert-Ruine soll künftig verstärkt für kulturelle Veranstaltungen genutzt und in Parkhäusern ein Nachtarif eingerichtet werden. Zum Thema Rathausplatzbelag sprach sich Beiratsmitglied Anne Gauch (Grüne) für die Beibehaltung des 120 Jahre alten Pflasters und die Schaffung einer Furt zum sicheren Gehen und eines Leitsystems zur Orientierung aus.

Mehr Außenwirkung für den Beirat wünschte sich Vorsitzende Kerstin Sauer. Erzielt werden könne diese etwa durch Projekte, die das Thema Behinderung in die Schulen tragen. Dazu wolle man – nach guten Erfahrungen bei der Premiere 2018 – im April 2021 eine weitere Projektwoche zum „Leben mit Behinderung“ an der Pestalozzi-Grundschule anbieten. Zur Vorbereitung werde ein Arbeitskreis gebildet.

Melanie Krebs, städtische Psychiatriekoordinatorin und neu im Beirat, wies auf die „Woche der seelischen Gesundheit“ hin, die dieses Jahr im September zum 20. Mal stattfinden soll, wenn auch unter besonderen Bedingungen. Unter dem Motto „20 Jahre für seelische Gesundheit – gemeinsam durch die Krise“ soll es am 26. September eine Podiumsdiskussion mit Experten und unter dem Titel „Lieber Papa, bist du jetzt verrückt“ eine Autorenlesung zum Thema Depression geben. Beide Veranstaltungen finden im Kulturzentrum Gleis4 statt und sollen als Livestream im Internet verfolgt werden können.

Die nächste Sitzung des Beirats der Menschen mit Behinderung ist für November geplant.



In der Nähe des Cafés Ideal sollen neue Stellplätze für motorisierte Zweiräder eingerichtet werden.

ARCHIVFOTO: BOLTE

Datum: 11.07.2020

Schwierige Bedingungen

Dass Frankenthal behinderten Menschen viele Möglichkeiten bietet, Sport zu treiben – das ist bei der Sitzung des Beirats deutlich geworden, der die Interessen dieser Zielgruppe vertritt. Die Vereine drücken aber Platznot und Geldsorgen.

VON BIRGIT KARG

Mit Vanessa Wadewitz von der Fachstelle Ergänzende Unabhängige Teilhabe-Beratung (EUTB) und Willi Maffenbeier (Behindertensportverein) konnte Vorsitzende Kerstin Sauer zwei neue beratende Mitglieder verpflichten. BSV-Chef Willi Maffenbeier schilderte die Situation des Behindertensportvereins Frankenthal: 1957 aus einer Abteilung der TG entstanden, bietet der Verein ein vielfältiges Angebot für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren im Breitensport und Leistungsbereich. Ein besonderer Schwerpunkt liegt Maffenbeier zufolge im Präventions-, Gesundheits- und Rehasport.

Umzug in KG-Halle?

Der BSV hat allerdings ein Problem: Eigene Räume fehlen. Lange habe man die Turnhalle des Albert-Einstein-Gymnasiums genutzt. Wegen schulischer Belange sei die Kooperation beendet. Die Sportler nutzten nun die Halle der Integrierten Gesamtschule – Maffenbeier zufolge ein Provisorium, weil die sanitären Anlagen nicht behindertengerecht seien. Der BSV würde gerne in die neue Sporthalle des Karolinen-Gymnasiums umziehen. Aus Platzgründen und wegen des Brandschutzes sei fraglich, ob dort fünf vereinseigene Stahlschränke mit Therapiegerät aufgestellt werden können. Das seien „unbefriedigende Zustände“, so Maffenbeier.



Der BSV würde seinem Vorsitzenden Willi Maffenbeier zufolge gerne in der neuen Sporthalle des Karolinen-Gymnasiums trainieren und dort auch Geräte deponieren.

FOTO: BOLTE

Um finanzielle Unterstützung bietet der Gehörlosen-Sportclub Frankenthal (GSC). Benötigt würden rund 1500 Euro für Fahrt- und Reisekosten bei Qualifikationswettbewerben. Der Hintergrund: Die kommunalen Sportförderlinien sehen Zuschüsse erst ab der Teilnahme an deutschen Meisterschaften vor. Der Landessportbund Rheinland-Pfalz gibt keine Fördermittel für diese Art Wettbewerbe. Für eine Entscheidung über Finanzhilfen will der Beirat zusätzliche Infos einholen.

Löwer lobt neues Gesetz

Einen Meilenstein für die Gleichstellung behinderter Menschen sieht Geschäftsstellenleiterin Birgit Löwer in dem am 8. September beschlossenen Landesinklusionsgesetz. Es sehe unter anderem vor, eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit als zentrale Erstanlaufstelle zu schaffen und eine unabhängige Besuchscommission zu berufen, die die Gleichstellungsbedingungen in Werkstätten überprüfe.

Wegen eines tragischen Unfalls an einer Kreuzung, an dem ein Rettungsfahrzeug beteiligt war, regte Beiratsmitglied Dorothea Reddig an, zusätzliche Signale einzurichten. Diese könnten Hörbehinderte auf solche Einsatzfahrten hinweisen. Diese Idee wurde kontrovers diskutiert und soll an die neue Landesfachstelle weitergeleitet werden. 2021 soll die in diesem Jahr verschobene Schulprojektwoche wieder stattfinden.

Datum: 11.11.2020

Beirat für Anpassen der Förderpraxis

Weil Mannschaften im Behindertensport häufig weite Strecken zu ihren Wettkämpfen zurücklegen müssen, haben die Vereine hier deutlich höhere Kosten. Dieses Problem hat der Beirat für Menschen mit Behinderung am Beispiel der Fußballer des Gehörlosen-Sportclubs diskutiert. Zwei Langzeitprojekte standen auch noch auf der Tagesordnung.

VON BIRGIT KARG

Lange beraten wurde eine Anfrage von Daniel Haffke, Vorsitzender des Gehörlosen-Sportclub Frankenthal 1906 (GSC), nach finanzieller Unterstützung der Fußballabteilung seines Vereins für die Teilnahme an Punktspielen. Der 160 Mitglieder starke Verein benötige pro Jahr rund 2500 Euro für Fahrt- und Reisekosten zu qualifizierenden Turnieren. Für ihre Teilnahme – die Punktspiele finden unter anderem in Frankfurt, Karlsruhe, Trier, Stuttgart und am Bodensee statt – müssten Gehörlose wesentlich weitere Strecken zurücklegen als Spieler anderer Vereine.

Der Hintergrund von Haffkes Anliegen: Die kommunalen Sportförderlinien sehen Zuschüsse erst ab der Teilnahme an deutschen Meisterschaften vor und auch der Landes-sportbund Rheinland-Pfalz gibt keine Fördermittel für diese Art Wettbewerbe. Über eine Ausweitung der Sportförderlinien hat der Beirat strittig diskutiert. Haffkes Lesart, in der geltenden kommunalen Sportförderpraxis eine Diskriminierung Behinderter zu sehen, wollte Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer zwar nicht folgen. Mit elf zu einer Stimme sprach sich das Gremium aber dafür aus, eine Änderung der Förderrichtlinien im Hinblick auf alle Behindertensportvereine zu unterstützen.

Bahnhof: Ideen eingebracht

Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes ist ein Großprojekt, das die Stadt seit einigen Jahren verfolgt. Den aktuellen Sachstand seitens der Stadt trug Stadtplaner Matthias Kattler vor. Ziel sei eine Planung aus einem Guss, die neben optischer Aufwertung des Geländes und Entschleunigung des Verkehrs auch einige vom Beirat angeregte Ideen zur Barrierefreiheit einschließe. Dafür wolle die Stadt die-



Für weite Fahrten seiner Fußballmannschaft würde sich Daniel Haffke vom Gehörlosen-Sportclub mehr finanzielle Unterstützung wünschen. ARCHIVFOTO: BOLTE

ses Jahr noch Städtebaufördermittel beantragen. Mit Baubeginn sei 2022 zu rechnen. Drei Jahre Bauzeit würden veranschlagt. Als weiteres Langzeitprojekt der

Stadt gilt das Parkraumbewirtschaftungskonzept, für das die City in sechs Zonen aufgeteilt werden soll. Um Interessen unterschiedlicher Gruppen wie Anwohner, Autofahrer, Radler,

Fußgänger und Menschen mit Behinderung und Mobilitätseinschränkung gleichermaßen zu berücksichtigen, bereite die Stadt eine Bürgerbeteiligung vor. Laut Vorsitzender Kerstin

Sauer dürfe es hier nicht um die Priorität des Autoverkehrs, sondern um die „Gleichwertigkeit eines Miteinanders“ aller Verkehrsarten gehen. Mit der Bürgerbeteiligung wolle die Stadt „unter positiven Aspekten für eine Neuordnung werben“.

Barrierefreiheit prüfen

Neues aus der Geschäftsstelle des Beirats referierte Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte Birgit Löwer: Zwei Abstellflächen für Motorräder und Roller seien in der Westlichen Ringstraße und der Wormser Straße neu geschaffen worden. Fürs Anbringen von Pfosten, die in der Eppsteiner Straße (Flomersheim) das Überfahren von Gehwegen verhindern, nahmen sieben von 26 Beiratsmitgliedern positiv Stellung. Die Stadt hat ihren Internetauftritt überarbeitet. Löwer regte an, den Relaunch der Webseite im Hinblick auf Barrierefreiheit zu überprüfen.

Beiratsmitglied Vanessa Wadewitz arbeitet zurzeit an einem „Wegweiser für Gebärdensprachnutzer“, der Stellen wie Arztpraxen auflistet, die Gebärdensprache nutzen. Über die Impfsituation gehörloser Menschen berichtete Beiratsmitglied Dorothea Reddig. Sie hat gehörlose Senioren zu Impfterminen begleitet. Bis zu drei Personen (Gruppenimpfung) könnten sich auf einen Termin anmelden. Die dabei anfallenden Kosten fürs Gebärdendolmetschen zur Implaufklärung würden übernommen.

Neu seit 1. Juli sind begleitete Spaziergänge auf dem Friedhof für mobilitätseingeschränkte Menschen: Jeden Donnerstag begleiten Mitglieder des Seniorenbeirats Nutzer von Rollstühlen und Rollatoren eine Stunde lang über das Friedhofsgelände. Treffpunkt ist 10.30 Uhr am Haupteingang Wormser Straße. Die nächste Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung findet am 28. Oktober statt.

Datum: 12.07.2021



Stadtklinik: Beirat kritisiert schlechten Zugang für Behinderte

Für Rollstuhlfahrer sei die Bordsteinkante zu hoch, so die Kritik. FOTO: BOLTE

Die Stadtklinik sei für Rollstuhlfahrer vom Parkplatz aus schlecht zu erreichen. Diese Kritik äußerte Antje Philippi in der Sitzung des Beirats der Menschen mit Behinderung am Mittwoch. Philippi berichtete über einen Orts-termin in der Stadtklinik. Man habe dabei den für Rollstuhlfahrer indiskutablen Zugang vom Parkplatz aus beanstandet. Die Bordsteinkante sei viel zu hoch. Auch gebe es mehrere Bodenunebenheiten. Weiteres Thema: die nicht ganz eindeutige Beschilderung der Behindertentoilette im Erdgeschoss. Beiratsmitglied Stefan Pfleger erinnerte daran, dass bereits vor einigen Jahren eine Begehung mit dem damaligen Krankenhausdezernenten Andreas Schwarz (SPD) stattgefunden habe und ein Protokoll über die Beanstandungen erstellt worden sei. „Passiert ist aber nichts“, kritisierte er am Mittwoch. |loj

Datum: 29.04.2022

Weniger Stolperfallen, mehr Platz

Behinderte Menschen sollen sich in der Innenstadt gefahrlos und barrierefrei bewegen können

VON ALOIS ECKER

Wer öffentliche Flächen für Außengastronomie, Verkaufsstände oder das Aufstellen von Werbeträgern vor Geschäften in Anspruch nehmen will, muss künftig stärker auf die Belange von Menschen mit körperlichen Einschränkungen Rücksicht nehmen. Eine Handhabung hierfür liefert die städtische Sondernutzungssatzung, die gegenwärtig überarbeitet wird.

Erste Gespräche zu diesem Thema seien bereits im Sommer 2019 geführt worden, berichtete Kerstin Sauer, Vorsitzende des Beirats der Menschen mit Behinderung, in der jüngsten Sitzung dieses Gremiums. Dessen Mitglieder hätten seine Bedenken und Ideen dazu schon wiederholt geäußert. Inzwischen existiere ein Satzungsentwurf, den der Stadtrat noch absegnen muss.



Werbetafeln, Außengastronomie: Gerade in der Speyerer Straße geht es nach Beobachtung der Beiratsmitglieder eng zu. ARCHIVFOTO: BOLTE

„Wir wollen den öffentlichen Raum nicht mit Werbung überfrachten“, unterstrich Bürgermeister Bernd Knöppel (CDU). Insbesondere in der Fußgängerzone müssten die Barrierefreiheit gewährleistet und die Verkehrssicherheit verbessert werden. Vorgeschrieben sei eine Gehwegbreite von 1,50 Meter. Feste Verankerungen bedürften der Abstimmung mit der Verwaltung. Knöppel wies weiter darauf hin, dass Sondernutzungsrechte nicht an Dritte übertragen werden dürften. Die Satzung verbiete auch Bodenbemalungen und schreibe Straßenmusikanten vor, nicht zu lange an einem Ort zu verweilen.

Mit Blick auf „ausladende Bauten und Verkaufsflächen“ wollte Beiratsmitglied Stefan Pfleger wissen, wie die Durchgangsbreite von 1,50 Meter sichergestellt werde. Gerade in den sehr engen Passagen der Speyerer Straße seien regelmäßige Kon-

trollen notwendig, ergänzte David Schwarzendahl (Linke). Laut Knöppel müssen die Antragsteller nachprüfbar Pläne einreichen, was hauptsächlich für Straßencafés und Eisdielen gelte. Er räumte ein, dass die Kontrollsdichte – bislang einmal pro Jahr – besser sein könnte.

30 Zentimeter zusätzlich

Anne Gauch (Grüne/Offene Liste) gab zu bedenken, dass für Sonnenschirme und Markisen keine lichte Höhe vorgegeben sei. Als problematisch für Sehbehinderte stellten sich auch die nach unten offenen Zigarettenautomaten dar, da sie vom Taststock nicht erfasst werden könnten. Ein Durchgang von 1,50 Meter wurde in der Diskussion als nicht ausreichend erachtet, um bequem aneinander vorbeizugehen. Vorsitzende Sauer plädierte für einen 1,80 Meter breiten Freiraum.

Datum: 02.05.2022

Sturzgefahr für Rollstuhlfahrer

Kritik an fehlender Barrierefreiheit bei Strohhutfest

VON WERNER SCHENK

Barrierefreiheit auf dem Strohhutfest? Fehlanzeige! Das hat die Rollstuhlfahrerin Antje Philippi am eigenen Leib erfahren müssen. Am Mittwoch berichtete sie dem Beirat für Menschen mit Behinderung über ihre Beobachtungen.

Ein großes Problem aus Sicht von Beiratsmitglied Antje Philippi: die unzähligen Abdeckungen der auf dem Boden verlegten Schläuche und Leitungen. „Hier herrscht Sturzgefahr für Menschen mit Rollstuhl wie mit Rollator“, warnte sie. Bei ihrem Bericht beziehe sie sich auf die Sicht von Rollstuhlfahrern und mobilitätseingeschränkten Menschen, erläuterte die Rollstuhlfahrerin. Wenn mehrere solcher Hindernisse auf engem Raum verlegt seien, könne man dazwischen steckenbleiben. Dann gebe es für den Rollstuhlfahrer keine Chance, aus eigener Kraft wieder herauszukommen. „Ohne fremde Hilfe geht da gar nichts mehr.“ Auf Probleme mit den Abdeckungen müsse man sich auch auf dem Strandbadfest gefasst machen, fügte sie hinzu.

„Rollstuhl-WCs gab es zwar“, räumte Philippi ein. Es habe aber keiner davon gewusst. Hier sei eine bessere Ausstattung und Beschilderung wün-

schenswert. Ebenfalls in der Kritik der Rollstuhlfahrerin: An der Einmündung der Glockengasse in die Bahnhofstraße stehe ein Kinderkarussell, und ein riesiger Transporter habe vier Tage lang Rollstühlen wie Kinderwagen den Weg versperrt. In dieser Zeit sei das Fahrzeug nach ihrer Beobachtung nicht bewegt worden.

Abdeckung vorgeschrieben

Die Behinderung durch die Abdeckung von Schläuchen und Leitungen lässt sich nach Darstellung von Bernd Schönhardt, Leiter des Bereichs Ordnung und Umwelt, nicht vermeiden. Diese Abdeckungen seien Vorschrift. Bei einer Fluchtsituation dürfe niemand an den Leitungen hängenbleiben oder gar zu Sturz kommen. Schon am Mittwochabend vor dem Fest mache man einen Sicherheitsrundgang und prüfe, ob alle Vorschriften eingehalten würden.

Am Donnerstagmorgen mache man sich nochmals auf diesen Weg. Schönhardt versprach, dabei die Probleme der Rollstuhlfahrer und Mobilitätsbehinderten nicht zu vergessen und vielleicht die eine oder andere Erleichterung zu ermöglichen. Auch, was die Lage bei dem Kinderkarussell anbelangt, werden man künftig ein Auge darauf haben.

Datum: 27.07.2022

Beirat drängt auf schnelle Verbesserungen

Umbaupläne am Hauptbahnhof Thema in Gremium für Menschen mit Behinderung – Kritik an Planungsdauer

VON WERNER SCHENK

Von der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes erwarten sich Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, zahlreiche Verbesserungen. Ob die Hoffnung erfüllt wird? Einen ersten Überblick über die Pläne – und Kritik – gab es jetzt im Beirat für Menschen mit Behinderung.

Über Fragen der Finanzierung und den Zugang zu Fördertöpfen, dem Zusammenspiel von Stadtwerken, Eigen- und Wirtschaftsbetrieben der Stadt Frankenthal mit der Deutschen Bahn AG, über Bau- sowie Baumgutachten, Kampfmittelsicherung, Planungs-, Ausschreibungs- und Vergabeverfahren bei dem Millionenprojekt des Umbaus am Hauptbahnhof referierte Thorsten Seifert vom Be-

reich Planen und Bauen der Stadtverwaltung in der Sitzung des Beirats ausführlich. Zum Thema Barrierefreiheit blieb der Planer allerdings eher vage.

Mit der an den Vortrag anschließenden Diskussion wurden die Aussagen etwas konkreter. Rollstuhlfahrerin Antje Philippi antwortete Seifert: „Soweit ich das sehe, ist die Barrierefreiheit garantiert.“ Man werde Bordsteine absenken. Auch die Toilettenanlage sei unter diesem Aspekt konzipiert. Eine dynamische Fahrgastinformation solle in Echtzeit anzeigen Busse und Bahnen ankündigen. Er versicherte dem Gremium, dass man sich einen barrierefreien Busbahnhof als Ziel gesetzt habe. Das Projekt solle von einem Gremium aus Politik, Planern und Verbänden begleitet werden. Hier meldete Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer den An-

spruch ihres Gremiums auf Teilnahme an.

„Für unsere Leute eine Zumutung“

Sorge macht Menschen mit Behinderung die lange Bauzeit vor dem Bahnhof. „Wie kann in dieser Phase die Barrierefreiheit gewährleistet sein?“, fragte Sigrun Damm aus dem Beirat. Dies sei eine große Herausforderung, gestand Thorsten Seifert, doch man habe die Frage auf dem Plan. Angesichts der wenig konkreten Informationen zum geplanten Baubeginn und dem Zeitplan des Projekts bemerkte die Vorsitzende Sauer, dass es zwar keine „never ending Story“ sei, „aber manche von uns die Baumaßnahme wohl nur von oben sehen werden“. Es sei ein misslicher Zustand, dass man mit der Katastrophe Bahnhofsvor-

platz weiterleben müsse. „Es wird geplant und geplant, aber nicht gebaut“, kritisierte Beiratsmitglied Thomas Leger. Städteplaner Seifert verwies auf Planungs-, Ausschreibungs- und Vergabeschritten, die man einhalten müsse. „Jedes Jahr, in dem nicht gebaut wird, ist für unsere Leute eine Zumutung“, sagte Beiratsvorsitzende Sauer.

David Schwarzendahl (Linke) fragte nach einem Lichtkonzept für den neuen Busbahnhof, das auch das Thema Sicherheit berücksichtige. „Übersichtlichkeit und Sicherheit sind uns wichtig“, unterstrich der Planer und schloss dabei den Weg zum Parkhaus am Hauptbahnhof mit ein. Bernd Schönhardt, Leiter des Bereiches Ordnung und Umwelt, erinnerte an die Sicherheitspartnerschaft Bahnhof, die von Stadt, Polizei und Bundespolizei getragen werde.

Datum: 27.07.2022

Barrierefreiheit bei Behörden noch Baustelle

Beirat der Menschen mit Behinderung spricht mit Polizei und Sozialpsychiatrischem Dienst über Probleme

VON MAGDALENA RINGELING

Für beeinträchtigte Menschen stellen sich spezielle Probleme, wenn sie Kontakt zu Behörden suchen oder Hilfe bei psychischen Erkrankungen brauchen. Der Beirat der Menschen mit Behinderung hat das Thema mit dem Leiter der Polizeiinspektion Frankenthal, Marcel Wirdemann, und Mitarbeitern des Sozialpsychiatrischen Dienstes besprochen. Das Fazit: Bei der Barrierefreiheit ist noch einiges zu tun.

Wirdemann betonte, dass es für den Kontakt zur Polizei keine Ideallösung gebe, aber seine Behörde bemühe sich, mehr Sensibilität für die Belange der Menschen zu entwickeln. So habe man zwar keine eigenen Gebärdendolmetscher, versuche aber unter anderem über das

Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation Fachkräfte für Gespräche zu bekommen. Oft könnten Begleitpersonen helfen, vor allem beim Erstkontakt. Eine Hörsprachbehinderte sagte in der Sitzung, dass sie nach einem Unfall lange vergeblich versucht habe, in der Inspektion jemanden zu erreichen.

„Unendliche Geschichte“

Mittlerweile stehe Kommunikationstraining für solche Fälle bei der Ausbildung an der Polizei-Hochschule auf dem Lehrplan, sagte Wirdemann. Bei Sitzungen der Dienststellenleiter würden Probleme angesprochen. Bereits vor mehr als zehn Jahren sei ein Aktionsplan zum barrierefreien Umgang entwickelt worden, von dem einiges noch nicht umgesetzt sei. „Melden Sie sich bei

uns, wenn Sie Gefährdungen sehen“, betonte Wirdemann.

Beeinträchtigte Menschen seien leider auch Opfer von Eigentums- oder Straßensittlichkeit, daher sollten sie Präventionsangebote nutzen. Für Anzeigen gebe es Online-Formulare und Varianten in Blindenschrift. Wirdemann sprach ein in Frankenthal immer wieder heiß diskutiertes Thema an: das Gehwegparken. Zuständig sei das Ordnungsamt. „aber bei Gefährdung schreiten wir ein“, so der Inspektionsleiter. Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer sagte: „Dies Thema ist leider eine unendliche Geschichte.“

Referatsleiter Dennis Tamke vom Sozialpsychiatrischen Dienst und Mitarbeiter Manuel Borg informierten über ihre Aufgaben. Diesen Dienst könne jeder psychisch Erkrankte, dessen Angehörige oder

andere Personen aus dem Umfeld kostenlos in Anspruch nehmen. Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Ärzte stünden als Ansprechpartner zur Verfügung. Borg sagte, dass das Angebot sich selbstverständlich auch an Behinderte wende. „Wir bieten Entlastungsgespräche, vermitteln Therapeuten und Ärzte und begleiten auch zu Besuchen.“ Unterstützung gebe es auch bei Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen.

Drei Tage Wartezeit

Die Kontaktaufnahme sei per Telefon, im Büro des Dienstes und in Form von Hausbesuchen möglich. „Leider nimmt nicht jeder unsere Hilfe an“, so Borg. Auf die Frage Sauer, wie lange man auf Termine warten müsse, betonte Tamke, in der

Regel finde Erstkontakt innerhalb von drei Tagen statt, in Akutfällen sofort. Dafür gebe es den Bereitschaftsdienst. Birgit Löwer, Beauftragte für die Belange Behinderter, berichtete, dass die Stelle der Psychiatriekoordination vakant sei, aber bald besetzt werden solle.

Der frühere Vorschlag aus dem Gremium, ein Behinderten-WC auf dem Strohhutfest zu installieren, habe Früchte getragen. Beim nächsten Fest werde eines in der Wormser Straße sein, sagte Löwer. Bastienne Bischof von der Stadt berichtete, dass ein Workshop zur inklusiven Selbstverteidigung stattgefunden habe. Der Leiter betreibe eine Kampfschule, sei selbst blind und habe eindrucksvoll gezeigt, wie sich Menschen mit Beeinträchtigungen gegen Angriffe oder Bedrohungen besser wehren können.

Datum: 31.10.2022

Eigener Wille oberstes Gebot

Hilfestellung statt Bevormundung – das ist laut Jerry Schackert die Kernaussage der zum 1. Januar in Kraft getretenen Reform des Betreuungsrechts. Am Donnerstag informierte der Sozialarbeiter den Beirat der Menschen mit Behinderung über die Änderungen.

VON ALOIS ECKER

Der Sozialarbeiter in Diensten des Betreuungsvereins der Arbeiterwohlfahrt Frankenthal machte deutlich, dass der eigene Wille der Betroffenen, die aufgrund von Krankheit oder Behinderung ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln könnten, oberstes Gebot sei. Der Gesetzgeber stelle dabei auf eine „erweiterte Selbstbestimmung“ ab. Über eine vom Gericht angeordnete Betreuung müsse spätestens nach sieben Jahren neu entschieden werden. Die gesetzliche Vertretung durch den ehrenamtlichen oder professionellen Betreuer umfasse freilich nicht alle Bereiche. So bedürften beispielsweise bestimmte ärztliche Maßnahmen, die zwangsweise geschlossene Unterbringung oder die Aufgabe der Wohnung der Genehmigung durch das Betreuungsgericht.

Die Aufgabe des Betreuers beschränkt sich laut Jerry Schackert nicht nur aufs Erledigen des Schriftverkehrs, vielmehr hätten der persönliche Kontakt und das Gespräch mit dem Betreuten an Bedeutung gewonnen. „Die Reform ist begrüßenswert, wenngleich sich in der praktischen Arbeit nicht viel geändert hat“, fand er. Die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze seien in das Gesetz eingeflossen.

„Graue Theorie“

Martina Pisek, die bei der Stadtverwaltung das Sachgebiet Betreuung verantwortet, sprach von einer „unterstützten Entscheidungsfindung“ und wies darauf hin, dass es nunmehr eine Regelung für medizinische Notfälle unter Ehegatten gebe und auch für ehrenamtliche Betreuer neuerdings ein polizeiliches Führungszeugnis gefordert werde.

Beiratvorsitzende Kerstin Sauer bewertete die Reform des Betreuungsrechts, die nicht viel Neues gebracht habe, eher skeptisch, da die „graue Theorie“ in der Praxis insbesondere mit Blick auf den „freien Wil-



Der persönliche Kontakt und das Gespräch mit dem Betreuten haben an Bedeutung gewonnen.

FOT

len“ des Betreuten oft nur schwer belastbar sei. Auch bestehe ein Spannungsfeld, da der Betreuer nur als rechtlicher Vertreter, nicht aber bei sozialen Belangen tätig werde.

Mit detaillierten Informationen zu dem auf dem Bahnhofsvorplatz geplanten dynamischen Fahrgastinformationssystem kam Thorsten Oliver Seifert von der Stabsstelle Stadtentwicklung dem Wunsch des Beirats nach, rechtzeitig in den Entscheidungsprozess einbezogen zu werden. Neun Anzeiger würden an den jeweiligen Bussteigen installiert und über einen Server in Echtzeit versorgt, sodass eine minutengenaue Abfahrtszeit möglich sei. Darüber hinaus wer-

de es im Bereich des Fußgängerüberwegs eine Gesamtansicht aller elf Buslinien geben.

Fahrziele auf drei Zeilen

Den Empfehlungen eines Planungsbüros zufolge habe sich die Verwaltung für eine monochrome LED-Technologie entschieden, führte Seifert aus. Die Schrift sei gelb-orange und auf beiden Seiten der Anzeiger gut lesbar – aufgrund ihrer Größe bis zu einer Entfernung von 18 Metern. Drei Zeilen für die Fahrziele und eine Sonderzeile für durchlaufenden Text stünden zur Verfügung. Als besser lesbare Alternative brachte die städtische Be-

hindertenbeauftragte Birgit I. eine schwarze Schrift auf gelbem Hintergrund zur Sprache. Dieser Schlag wurde nicht weiter verteidigt.

Was für Fahrgäste mit eingeschränktem Sehvermögen vor der Bedeutung ist: Die Anzeiger an den Bussteigen werden laut Seifert an das taktile Blindenleitsystem angeschlossen und mit Tastern versehen. Über spezielle Funktionen könnten die Anzeiger auch die Verbindungen vorgelesen werden. Über eine schnelle Umsetzung konnte der Stadtwickler noch keine konkreten Aussagen machen. Ein Zuschussantrag für das mit rund 470.000 Euro veranschlagte Projekt sei in Vorbereitung.

Datum:
14.01.2023

Sehbehinderten-App stößt auf Kritik

Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes: Beirat hält an besseren Orientierungsmöglichkeiten für Blinde fest

VON ALOIS ECKER

Bei der geplanten Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes und des Busbahnhofes pocht der Beirat der Menschen mit Behinderung weiter auf eine Verbesserung der Orientierung für Blinde und Sehbehinderte. Eine von der Stadt dafür ins Gespräch gebrachte Handy-App fand in dem Gremium kein positives Echo.

Die kostenlose App „Dy FIS Talk“ sei speziell für Sehbehinderte konzipiert worden, berichtete Birgit Löwer, städtische Beauftragte für die Belange behinderter Menschen. Die App zeige die Abfahrtszeiten an, zudem gebe es Informationen zu barrierefreien Haltestellen und eine Vorlesefunktion. Die App, die laut Löwer unter anderem in Marburg, Lübeck und Kiel eingesetzt wird, stieß im Beirat auf Kritik. Sie lasse sich nicht unter realen Bedingungen testen und ermögliche keine Standorterkennung, so das Fazit. Kritik gab es auch am städtischen Parkraumkonzept. „Die Verwaltung

kommt einfach nicht voran“, beklagte Beiratvorsitzende Kerstin Sauer. Zwar gebe es beim Fußgänger behindernden „Park-Wildwuchs“ in der Stadt einige Verbesserungen, etwa in der Linden- und Gartenstraße. In der Samuel-Heinicke-Straße, wo es zu Protesten der Anwohner über die prekäre Parksituation kam, habe sich die Stadt nicht mit Ruhm bekleckert. Die Vorsitzende bekräftigte ihre Absicht, an dem Thema dranzubleiben.

Frauke Fröhlich, die ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende des Beirats der Menschen mit Behinderung aus gesundheitlichen Gründen aufgeben will, informierte über das jüngste Treffen der Arbeitsgruppe Klimaschutz. Dort sei es vor allem um das Windkraftpotenzial in Frankenthal gegangen und die interkommunale Vereinbarung, die der Sache bislang im Weg stehe. In den Gruppen „Mobilität“ und „Öffentlicher Personennahverkehr“ sollte auch der Beirat seine Interessen vertreten, so Fröhlich. Ohne positives Echo blieb wegen der kurzen Vorlaufzeit Sauer



Am Busbahnhof sollen Sehbehinderte künftig leichter zurechtkommen, fordert der Beirat der Menschen mit Behinderung. ARCHIVFOTO: BOLTE

ange, ob sich der Beirat am europäischen Protesttag für die Gleichstellung Behinderter am 5. Mai beteiligt. Für 2024 sei eine entsprechende Veranstaltung geplant, kündigte sie an und warb um Unterstützung. Bastienne Bischof, Mitarbeiterin der Beiratsgeschäftsstelle, wies auf einen inklusiven Selbstverteidigungskurs am

16. September und das Rollstuhlfahrertraining am 23. September hin.

Beiratmitglied Meike Gottinger stellte die Fachbereiche für Arbeit und Integration der Evangelischen Heimstiftung Pfalz vor. Als Modellprojekt des Landes 1984 gestartet, gebe es dort inzwischen auch einen berufsbegleitenden Dienst, der Behinderte unterstützt sowie eine Inklusionsberatung für Langzeitarbeitslose und den Fachvermittlungsdienst. Auch für Schüler mit Förderbedarf gebe es Hilfe bei der Berufsfindung. Die Fachbereiche, die vom Land und der Agentur für Arbeit finanziert werden, zählten aktuell 13 Mitarbeiter. Eine Außenstelle befinde sich in Frankenthal in der Carl-Theodor-Straße 20.

Als ein Problem bezeichnete Sauer, dass die Arbeit von freien Trägern übernommen werde und die Dienstleistungen immer wieder neu ausgeschrieben werden müssten, was einen Wechsel in der Begleitung der behinderten Menschen zur Folge haben könnte. „Kontinuität ist das A und O in diesem schwierigen Geschäft.“

Datum: 22.04.2023

Stolperfallen: Begehung offenbart Barrieren in Stadt

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept und Barrieren für Beeinträchtigte im öffentlichen Raum waren die Themen in der jüngsten Sitzung des Beirats für Behinderte. Begehungen hätten etliche Hindernisse und Stolperfallen offenbart, informierte Oberbürgermeister Nicolas Meyer (FWG).

Bei den Begehungen habe man festgestellt, dass elf Betriebe und Geschäfte Flächen im Freien nutzen, ohne dafür eine Erlaubnis zu haben, oder dass diese Flächen größer ausfallen, als sie zugelassen sind, sagte Ordnungsamtsleiter Bernd Schönhardt am Donnerstag im Beirat für Behinderte. Mit den betroffenen Geschäftsinhabern befinde man sich im Gespräch. Zudem sei eine neue Sondernutzungsordnung der Stadt in Arbeit. Zur gelungenen Inklusion von Behinderten in Frankenthal seien noch einige Schritte erforderlich, bekannte Oberbürgermeister Nicolas Meyer. Er schlug eine Sensibilisierungskampagne vor, die auf die Schwierigkeiten von Personen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen aufmerksam macht. „Die Barrieren in den Köpfen der Menschen sind das Schlimmste“, befand Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer.

Beiratsmitglied Antje Philippi erklärte sich bereit, eine Broschüre zusammenzustellen, in der sie etwa Barrieren in Restaurants oder Freizeiteinrichtungen der Stadt auflisten will. Sie bat um entsprechende Mitteilungen an sie. Philippi verwies zudem auf die Internetseite www.wheelmap.org, die rollstuhlgerechte Einrichtungen aufführe. Die Verwaltung teilte mit, dass in Kooperation mit der Volkshochschule am Dienstag, 27. Februar, 17 Uhr, im VHS-Bildungszentrum in der Schlossergasse ein Vortrag zum Thema „In Zukunft barrierefrei – Basiswissen barrierefreies Wohnen“ angeboten wird.

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept regelt unter anderem, welche öffentlichen Parkplätze künftig nicht mehr kostenfrei sein sollen, und in welchen Straßenabschnitten das Parken auf dem Gehweg erlaubt ist und wo nicht. Laut Schönhardt sieht das Konzept vor, dass zunächst der innere Ring der Stadt in den Blick genommen wird. Einige Punkte seien auch schon umgesetzt worden, weitere Bereiche sollen folgen. Beiratsvorsitzende Kerstin Sauer bat die Mitglieder des Gremiums, für die Themen Parkraumbewirtschaftungskonzept und Inklusion Verbesserungsvorschläge einzubringen. [ma]

Beirat: Inklusives Sportabzeichen

Bei der Sitzung des Beirats für behinderte Menschen informierte Gerhard Poh, Mitglied des Gremiums, ausführlich über das inklusive Sportabzeichen. Für Beeinträchtigte seien die Prüfungen anders gestaltet, erforderten aber dennoch genügend Vorbereitung. Die Zugehörigkeit zu einem Verein werde nicht vorausgesetzt, sei aber sicher sinnvoll. Dort könne gezielt auf die Möglichkeiten von Menschen mit Handicap eingegangen werden. Zugleich biete der Sportkontaktmöglichkeiten. Ziel des Sportabzeichens sei, gesundheitlichen Folgen von Behinderungen vorzubeugen und herauszufinden, welche sportliche Betätigung für den Einzelnen möglich und sinnvoll ist. Infos gebe es beim Behindertensportverein Frankenthal und im Internet unter www.deutsches-sportabzeichen.de oder www.dbs-npc.de/dsa.html. [ma]

Beirat: Parkkonzept erneut gefordert

Im Beirat für behinderte Menschen hat Peter Clemens nachgehakt, ob Planungen der Stadt für ein Parkraumbewirtschaftungskonzept weitergekommen sind. Die Situation sei nicht nur für Rollstuhlfahrer in Frankenthal weiterhin unbefriedigend. Seit 2004 beschäftige er sich mit dieser Situation. Offenbar fehlten der Stadt Verkehrsplaner und es mangle an Kontrollen bei Falschparkern. Vorsitzende Kerstin Sauer sagte, dass ihr letzter Stand auf Nachfrage sei: „Man ist in der politischen Abstimmung.“ Sie forderte die Beiratsmitglieder auf, sich ihrerseits vehement für ihre Belange einzusetzen. [ma]

AKTUELL NOTIERT

Sozialberatung: 700 Anfragen seit Juli



N. Holter

Die Sozialberatung der Stadt ist gefragt. Seit Juli hätten ihn 700 Anfragen erreicht, sagte Norbert Holter, Mitarbeiter der Sozialverwaltung, im Beirat der Menschen mit Behinderung am Donnerstag. Das neu geschaffene Angebot können alle Bürger nutzen, die Informationen zu Hilfsangeboten suchen, Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen brauchen oder Fragen zu Anträgen haben. Die Beratung sei auch in Gebärdensprache möglich, sagte Holter, der seit Mai in der Stadtverwaltung beschäftigt ist. Themen seien unter anderem Eingliederungshilfe für Menschen mit Beeinträchtigung, medizinische Rehabilitation, etwa Mutter-Kind-Kuren, die Unterstützung zur Teilhabe an Bildung, etwa durch Zuschüsse zu Schulausflügen. Auch Umschulungen und Gründungszuschüsse seien Teil der Beratung. In einem Flyer seien Informationen zur Sozialberatung inzwischen veröffentlicht. Holter ist erreichbar unter Telefon 06233 89355, per E-Mail an norbert.holter@frankenthal.de und persönlich im Rathaus, Zimmer 407. Besucher sollten sich anmelden. [ma/Archivfoto: Bolte]

Datum: 13.11.2023

Datum: 12.02.2024

Impressum

Herausgeberin Stadtverwaltung Frankenthal
Geschäftsstelle des Beirates der Menschen mit Behinderung

Karolinenstraße 3
67227 Frankenthal (Pfalz)

Telefon 06233 89-663
E-Mail bastienne.bischof@frankenthal.de

V.i.S.d.P. Kerstin Sauer, Vorsitzende des Beirates der Menschen mit Behinderung

Druck Rathaus-Druckerei

Auflage 50

Stand Mai 2024